

Ulla Plener

## **Theodor Leipart oder: Wie fruchtbar ist eine reformorientierte Weltsicht für die Emanzipation der Lohnarbeitenden?\***

Am Ende des Jahrhunderts werden Bilanzen gezogen. Das heutige Thema soll in die Bilanz der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung eingeordnet werden. Diese wird in ihrer traditionellen Gestalt mehr und mehr Geschichte, aber sie hat dieses 20. Jahrhundert nachhaltig (in Teilen wohl auch zukunftssträchtig) geprägt.

Worin besteht die emanzipatorische – antikapitalistische – Leistung dieser Arbeiterbewegung?

Welchen Anteil haben daran ihre reformorientierten Teile?

Ist eine evolutionäre Entwicklung hin zu einer sozial gerechten, humanen, demokratisch organisierten Gesellschaft möglich?

Ein einzelnes Menschenleben ist überfordert, auf solche Fragen eine erschöpfende Antwort zu geben. Aber es kann das Nachdenken darüber anregen. Das Lebenswerk von Theodor Leipart scheint mir dafür geeignet zu sein.

### **Wer war Theodor Leipart (1867–1947) ?**

Vor 1933 galt er bei Kommunisten als schlimmster Verräter der Arbeiterinteressen. An seinem Grabe sagte 1947 der Kommunist Wilhelm Pieck, nunmehr einer der beiden Vorsitzenden der SED, in Leipart „ehren wir den großen Arbeiterführer und Sozialisten“, sein Name werde in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung „für alle Zeiten eingetragen“ sein. Auch Fritz Tarnow, 1947 nach wie vor Mitglied der SPD und überzeugter Gegner der SED, aber drei Jahrzehnte lang ein enger Mitstreiter Leiparts, schrieb im (nicht veröffentlichten) Nachruf auf diesen: Sein Name werde in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung neben dem von Carl Legien „für alle Zeiten erhalten bleiben“.

\* Vortrag, gehalten vor der Klasse Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 18. Februar 1998.

Wieso sollte Leipart unvergessen bleiben?

Weil er, um mit F. Tarnow fortzufahren, neben Carl Legien der Schöpfer und Gestalter der freien, sozialistisch orientierten gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung war (1893–1919 stand er an der Spitze des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (DHV); 1921–1933 war er Vorsitzender des ADGB). Und die Geschichte dieser Bewegung war „unter dem Strich eine Erfolgsstory, ein historischer Bestseller besonderer Art“: Die Sammlung eines großen Teils der Industriearbeiter in einer Massenbewegung war nämlich keine Zwangsläufigkeit, sondern Ergebnis einer „beispiellosen historischen Kraftanstrengung des hochqualifizierten, handwerklich geschickten Facharbeiters“, der „die Organisationskultur der deutschen Gewerkschaftsbewegung bis in die letzte Faser geprägt“ hat und „die historische Schlüsselfigur der Massendemokratie dieses Jahrhunderts“ ist.<sup>1</sup> Für diesen Facharbeiter stand Leipart – neben einigen weiteren Gewerkschaftern – ganz vorn.

Aber schon wenige Jahre nach der Totenehrung war Leipart vergessen. In der SED – im Zuge ihrer Stalinisierung, die die sozialdemokratische Tradition in ihr zurückdrängte und schließlich eliminierte. In der SPD, deren Mitglied er volle sechs Jahrzehnte war, ist er nach seinem Eintritt in die SED 1946, den er auch öffentlich begründete, weitgehend zur Unperson geworden. Jüngst wurde er sogar aus dem Kreis deutscher Demokraten ausgeschlossen: In das Lexikon „Demokratische Wege. Deutsche Lebensläufe aus fünf Jahrhunderten“ (Stuttgart/Weimar 1997) wurde der Beitrag über ihn nicht aufgenommen – dafür enthält es Namen wie Gustav Noske und Konrad Adenauer.

### Warum heute an Leipart erinnern?

Drei Gesichtspunkte sollen genannt werden.

Zum einen geht es schlicht darum, einen Menschen der Vergessenheit zu entreißen und zu ehren, dessen Lebenswerk zu Ergebnissen führte, die den meisten von uns heute noch zugute kommen, aber kaum jemand weiß etwas davon.

Zum anderen ist es die aktuelle Diskussion um die Geschichte der Arbeiterbewegung in diesem 20. Jahrhundert. U. a. geht es da um Verantwortlichkeiten für bestimmte Entscheidungen, besser: Fehlentscheidungen ihrer einzelnen Teile. Nicht zuletzt gilt es, die Verschiedenheit der sozialistisch orientierten Weltansichten zur Kenntnis zu nehmen, zu akzeptieren und sie nach

ihrer tatsächlichen Produktivität für die Emanzipation der Lohnarbeitenden und der Gesellschaft insgesamt zu befragen, – also auch Stellenwert und Leistung reformorientierter sozialistischer Kräfte sachlich zu überdenken: Waren sie alle wirklich Gegner des Klassenkampfes? Wollten sie einen Reformweg wirklich anstatt und im Gegensatz zur Umwälzung der Gesellschaft? Oder verstanden sie die von ihnen vertretene Reform als Bestandteil des Klassenkampfes und wollten so die Gesellschaft umwälzen – und wie das?

Und schließlich die aktuelle Diskussion über Antikapitalismus und die Gestaltbarkeit der heutigen, von bestimmten Fraktionen des Kapitals dominierten Gesellschaft; über Inhalte und Formen des notwendigen Widerstands gegen die „Tyrannei der neoliberalen Sachzwänge“ (F. Deppe). Ist gestaltender antikapitalistischer Widerstand auf dem Wege von Reformen möglich, die an sozialer Gleichheit, Demokratie, Solidarität und Kooperation orientiert sind?

### **Theodor Leipart als Persönlichkeit**

Hier soll nicht der chronologische Ablauf von Leiparts Leben wiedergegeben, auch nicht seine vielfältige gewerkschaftliche Tätigkeit nachgezeichnet werden.<sup>2</sup> Es ist vor allem die Persönlichkeit vorzustellen, nicht zuletzt deshalb, weil in der Historiographie der Arbeiterbewegung der „Faktor Persönlichkeit“ (gemeint ist der Charakter, die Persönlichkeitsstruktur) kaum oder nicht berücksichtigt wurde, obwohl er für die konkreten Abläufe der Ereignisse, für Entscheidungen – auch Fehlentscheidungen – nicht selten bestimmend war.

Theodor Leipart wurde 1867 in der Familie eines unselbständigen Damenschneiders in Neubrandenburg geboren. „Bittere Armut und große Kinderschar daheim“ waren seine bleibenden Kindheits- und Jugenderlebnisse; er mußte Drechsler lernen statt Gärtner, wie er, überaus stark naturverbunden, es wollte; 1886 trat er mit 19 Jahren in Hamburg der Gewerkschaft, kurz darauf auch der sozialdemokratischen Partei bei.

Seitdem war und blieb die Triebkraft seines langen Lebens und Wirkens das Bestreben, dem einzelnen Arbeiter zu seiner **Würde als Mensch** zu verhelfen. Er wollte – ganz nach Marx – „das Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit“ gerade **im Arbeiter** erwecken; für ihn war in der Tat auch und gerade dieser als „Mensch das höchste Wesen für den Menschen“, und er folgte – offensichtlich spontan, von Erlebnissen seiner Kindheit und Jugend

getrieben – dem „kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. (MEW, 1: 338, 385) – „Achtet eure Persönlichkeit, schafft euch Selbstbewußtsein an, fordert euer Recht!“ – das war stets seine Devise. Als aktiver Gewerkschafter bekannte er sich „zur humanitären Idee als der letzten und tiefsten, die uns bewegt“. Der Arbeiter sollte nicht „Zubehörteil zur Fabrik“ sein, ihm sollten alle Lebensgenüsse offenstehen. Und es sollte in ihm „auch der Wille entwickelt werden, die Selbstgestaltung des Lebens sich in einer Richtung vollziehen zu lassen, die zum Aufstieg der Arbeiterklasse im ganzen führt“.

Dafür wirkte er stets selbstlos, dafür gab er seine ganze Kraft, seinen ganzen Geist, seine ganze Zeit hin – anders, als es das übliche Bild eines „Gewerkschaftsbonzen“ zeichnete. Nie strebte er nach parlamentarischen und Ministersesseln – die Gewerkschaften waren sein ein und alles.

Seine wichtigste persönliche Eigenschaft war wohl die **Toleranz**, auch gegenüber Andersdenkenden. Schon sehr früh setzte er sich z. B. für ein Zusammengehen der Richtungsgewerkschaften ein und fragte (1905), ob es nicht richtiger wäre, gegenüber den anderen Arbeiterorganisationen immer wieder hervorzuheben, daß „wir eigentlich Brüder sind und die gleichen Interessen haben“; daß die abweichende Überzeugung gegenseitig respektiert und man sich „über ein Hand in Hand Arbeiten zur Verbesserung der gemeinsamen Verhältnisse verständigen“ sollte. „Es ist doch nicht jeder ein ausge-machter Dummkopf oder ein schlechter Kerl, der eine andere Meinung hat... Warum sollten wir also uns in... Haß gegen die eigenen Klassengenossen verrennen, nur weil sie anders denken als wir?“ Diese Haltung nahm Leipart später auch gegenüber kommunistischen Arbeitern ein. Seine überaus tolerante Art war vermutlich ein (eher noch: der) Grund dafür, daß er sich stets für Verhandlungen, für einen Ausgleich, für einen Kompromiß einsetzte.

Theodor Leipart war zutiefst vom letzten Drittel des „langen 19. Jahrhunderts“, das (nach Hobsbawm) bis 1914 dauerte, geprägt. Es waren Jahrzehnte der relativ friedlichen kapitalistischen Entwicklung in Europa, vom bürgerlich-liberalen Zeitgeist, aber auch schon von der schnell wachsenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gekennzeichnet – und sie waren Leiparts „hohe Zeit“ (1914 war er 47 Jahre alt; von den 14 Seiten der Erinnerungen an sein Leben, 1945 niedergeschrieben, waren 10 diesem Lebensabschnitt gewidmet).

Als er in die Arbeiterbewegung eintrat, war die Situation der Lohnarbeitenden noch weitgehend vom materiellen und geistigen Pauperismus bestimmt – die Arbeiterschaft da herauszuführen, darin sah er die Kulturmission der Gewerkschaften. Sie sei zugleich, so hob er ständig hervor, ein Dienst am ganzen Volk, da die Arbeitenden seine Mehrheit bildeten. Das erlebte Elend seiner Klasse blieb für ihn Zeit Lebens der Maßstab für das von den Gewerkschaften (und von ihm selbst) Geleistete.

Vom Beginn seiner gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit an war Theodor Leipart als Sozialdemokrat ein Verfechter von Reformen – des stetigen schrittweisen Vorgehens. Der Klassenkampf der Arbeiter lasse sich, schrieb er 1905, „soll er nicht jeglichen Erfolg bis zu dem fragwürdigen großen Kladderadatsch aufsparen, sondern fortgesetzt Erfolge bringen, nicht in bestimmte Formen drängen“. Er wollte mit der Emanzipation schon jetzt und hier, im Kapitalismus, beginnen. In der sozialistischen Gesellschaftsordnung sollte sie dann vollendet werden.

An den von Bebel erwarteten „großen Kladderadatsch“ mochte er nicht glauben. Dafür teilte er mit Bebel die unerschütterliche Gewißheit, daß die Arbeiterklasse schließlich siegen und ihre volle Emanzipation durchsetzen werde. Bis zum 2. Mai 1933 blieb er ein historischer Optimist. Erstaunlich ist, mit welcher Kontinuität er den vor 1914 gewonnenen Einsichten bis zu seinem Lebensende gefolgt war.

Sehr bildunshungrig und lesefreudig, erwarb sich Leipart ein umfangreiches Wissen als Autodidakt. (Seine weit mehr als Tausend Bände zählende – über die Nazi-Jahre gerettete, bis heute erhaltene – Bibliothek enthält neben Werken sozialistischer Autoren seiner Zeit Bücher aus allen Wissensgebieten). Das ihm in den zwanziger Jahren nachgesagte „verschlossene Wesen“ rührte vermutlich aus dem frühen Tod seines einzigen Sohnes, der als siebzehnjähriger Freiwilliger auf einem Schlachtfeld des ersten Weltkrieges gefallen war.

Leipart war ein Patriot und Internationalist in der Tradition der II. Internationale, die sich auf „nationale Säulen“ stützte. Im ersten Weltkrieg ein Vaterlandsverteidiger, aber kein Kriegsbegeisterter, erhielt er durch die Kriegsjahre hindurch die von ihm 1904 initiierte Internationale Union der Holzarbeiter aufrecht...

Abschließend sei noch einmal aus F. Tarnows Nachruf zitiert: „Theodor Leipart war ein grundsauberer und redlicher Mensch, von einer Vornehm-

heit des Charakters, die das Wort vom Adel der Persönlichkeit rechtfertigt. Sein Platz war immer dort, wo positiv gearbeitet wurde... Ein ausgesprochener Realpolitiker... Wer ihm näher kam, entdeckte einen Menschen mit einem glühenden Idealismus für die Sache, der er sein Leben gewidmet hatte. Mit Theodor Leipart hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen ihrer größten Führer und einen ihrer besten verloren.“

### **Reformorientiertes Emanzipationstreben – objektiv bedingt**

Die Emanzipation des Arbeiters und der Arbeiterklasse auf dem Wege von Reformen – das war der Inhalt der gewerkschaftlichen Tätigkeit Leiparts.

Unter Emanzipation verstand er – so kann aus seinen Reden und Schriften geschlossen werden – die Freiheit des einzelnen Menschen von Abhängigkeiten jeder Art, seine Selbstbestimmung als Persönlichkeit.

Reformorientierte Bestrebungen in der Arbeiterklasse und Arbeiterbewegung haben wir Historiker lange Zeit mit den Unzulänglichkeiten der subjektiven Erkenntnis lohnarbeitender Menschen über die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Existenz erklärt; und wir lasteten dieses „nicht richtige Erkennen“ dem Einfluß sozialdemokratischer Theoretiker, Politiker, Gewerkschafter an, denen wir „bürgerliche“ Positionen und die (bewußte gar) „Bindung der Arbeiterklasse an den Kapitalismus“ unterstellten. Erst in den 80er Jahren griffen wir die schon von Marx, Engels und auch Lenin gewonnene Einsicht (Vgl. Engels MEW 2, 344/345; Marx MEW 23, 765; Lenin LW 27, 206) auf, daß Reformdenken, -verhalten und -handeln von der kapitalistischen Wirklichkeit selbst stets aufs neue hervorgerufen werden, daß sie aus den Widersprüchen der Klassenlage der Lohnarbeitenden erwachsen: Es ist der Doppelcharakter der Lohnarbeit im Kapitalismus, das kapitalistische Lohnarbeitsverhältnis, das bei lohnabhängig Arbeitenden ständig und spontan antikapitalistischen Protest ebenso hervorruft wie das möglichst vorteilhafte „Sicheinrichten“ in den gegebenen Umständen. Das wird in ihren Organisationen (von ihren Denkern, Politikern, Funktionären) in sehr unterschiedlicher Weise reflektiert. Die Vielfalt politischer Kräfte, die sich dem uneingeschränkten Profitstreben des Kapitals zugunsten sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit entgegenstellen, also sozialistisch orientiert sind, ist objektiv begründet. Die Verschiedenheit der antikapitalistischen oder dem Kapital gegenüber kritisch eingestellten

Kräfte ist legitim, und deshalb ist die gegenseitige Akzeptanz dieser Kräfte erforderlich.

Ist Protest mit Revolutions-, Anpassung mit Reformbestreben gleichzusetzen? In der Reformorientiertheit eines Leipart überwog, so meine These, der Protest – aber dieser sollte in Formen durchgesetzt werden, die Konfrontation (physische Gewalt gar) und damit verbundene Opfer für die Lohnarbeitenden vermieden.

### **Zu den theoretischen Prämissen des Praktikers Leipart**

Leipart war kein Theoretiker, kein „Denker“, erhob auch nie diesen Anspruch; er war ein Praktiker und verstand sich nur als ein solcher. Aber seiner praktischen Tätigkeit lag natürlich eine bestimmte Weltansicht zugrunde – und diese war eine sozialistische.

Seinen sozialistischen Standpunkt begründete er ethisch und ökonomisch. Sozialismus wurde als eine höhere, weil gerechte im Vergleich zur bestehenden, Rechtsordnung auf der Grundlage gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln erläutert: „Der Entwicklungsprozeß der privatkapitalistischen Produktion zur gesellschaftlichen ist der Befreiungskampf des Proletariats in allen seinen Phasen, die gesellschaftliche Produktion seine ökonomische Befreiung“, auch die Grundlage „langen Lebens und der Glückseligkeit“. – „Der Sozialismus fordert die Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, ohne Unterschied des Geschlechts, in wirtschaftlicher, politischer und rechtlicher Beziehung.“ Immer wieder wurde die Rechtmäßigkeit und Sittlichkeit der sozialen Frage aus dem Menschsein abgeleitet: Die menschliche Arbeit allein sei „der wahre Rechtsgrund des Eigentums“; als Mensch sei der Arbeiter gleichberechtigt mit dem Besitzenden. Aus dieser Position wurden in den freien Gewerkschaften schon seit den letzten 90er Jahren Ideen abgeleitet, die die Wirtschaft als „öffentliche Angelegenheit“ artikulierten. Das mündete später – während der November-Revolution 1918/1919 und in den 20er Jahren – in Konzepte der Wirtschaftsdemokratie.

Gerechtigkeit und der Kampf um das „höhere Recht“ waren zentrale Begriffe, auch nach der Jahrhundertwende. Der Rechtsbegriff wurde als „Waffe im Emanzipationskampfe“ erläutert. „Der Kampf ums Recht“ schließe „alles in sich, was die Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem, sozialem, politischem, geistigem und kulturellem Gebiete“ erstrebe. Nicht aus-

zuschließen, daß solche Gedankengänge von den in der „Neuen Zeit“ 1887 veröffentlichten Ausführungen von Engels/Kautsky angeregt wurden: „...Jede kämpfende Klasse muß also ihre Ansprüche in der Gestalt von Rechtsforderungen in einem Programm formulieren.“ (MEW, 21: 509)

Der Zusammenhang Menschsein – Gerechtigkeit (gleiches Recht) – Eigentumsordnung – Wirtschaftsdemokratie war für das gewerkschaftliche Wirken eines Leipart seit den 90er Jahren grundlegend.

Die auf Marx zurückgehende Analyse kapitalistischer Ausbeutungsmechanismen und die daraus abgeleiteten Zukunfts- und Wegvorstellungen verflochten sich hier mit einer ethischen Begründung des eigenen Tuns und des Sozialismus. Letzteres wohl weniger unter dem Einfluß des damals in Mode kommenden (akademischen) Neukantianismus oder ethischen Sozialismus. Vielmehr wirkte da bei Menschen wie Theodor Leipart wohl das – von Engels schon in den 40er Jahren anhand des englischen Chartismus und der „Bewegung der Arbeiterklasse in Deutschland“ festgestellte – spontane Streben (lohn)arbeitender Menschen nach Emanzipation, nach „der sozialen gleichen Berechtigung in der Demokratie“, nach „sozialer Glückseligkeit“, die die „Messer-und-Gabel-Frage“ einschließt: „gute Wohnung, gutes Essen und Trinken, gutes Auskommen und kurze Arbeitszeit“ (Engels: MEW, 2, 444, 450, 560f., 612; vgl. auch Marx: Ebenda, 1, 390)

Mit diesem Standpunkt verband sich bei Leipart und seinen Mitstreitern vom Beginn ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit an die Überzeugung: Die Zukunft der Arbeiterklasse liege in ihrer materiellen und geistigen Höherentwicklung, nicht in ihrer Verelendung. Das wurde auf Lebenszeit die Leitlinie des gewerkschaftlichen Wirkens von Leipart und bildete wohl den Hauptansatz seines stetigen Eintretens für eine breit gefächerte Reformpolitik.

Der Reformorientiertheit Leiparts lag eine Staatsauffassung zugrunde, die sich wesentlich auf Engels' Darstellung des Staatsursprungs gründete und von der eigenen Erfahrung gestützt wurde: Die letzten Jahre des Sozialistengesetzes gehörten zu seinem politischen Grunderlebnis, das auch später – ob in Stuttgart (seit 1893) oder Berlin (seit 1908) immer wieder durch Zusammenstöße mit der Staatsmacht „aufgefrischt“ wurde. Das wilhelminische Kaiserreich wurde als Klassenstaat erlebt und so bezeichnet.

Und zugleich nahm er diesen Staat – auch das nach Engels – als „die Zusammenfassung der zivilisierten Gesellschaft“ (MEW 21: 28; 170/171),



als Träger gesamtgesellschaftlicher Interessen. Und so wurde vom Staat erwartet, daß er nicht nur das Interesse der ökonomisch Mächtigen, sondern auch die Anliegen der Arbeiter vertritt oder per Gesetz die Arbeiterschaft in die Lage versetzt, gleichberechtigt mit den Unternehmern ihre Interessen realisieren zu können. Sein Staatsverständnis brachte Leipart 1915 so auf den Punkt: „Der Staat als die Gesamtheit eines Volkes angesehen, muß das Staatsinteresse, das heißt also das Volksinteresse, den Klasseninteressen und dem Wohl des einzelnen voranstellen.“

Den Volksstaat sah Theodor Leipart später in der Weimarer Republik, dem errungenen „Rechtsstaat“, verwirklicht, und er hatte zutiefst der Verfassung und der Gesetzlichkeit dieses Staates vertraut. Damit verbanden sich bei ihm nicht wenige Illusionen, die sein Handeln damals bestimmten...

### **Organisation und Bildung, nicht Aktion – die Hebel der Emanzipation**

Als Leipart und Genossen in den 90er Jahren ihre sozialistischen Positionen erläuterten, betonten sie: Die proletarische Macht läge „in der Erkenntnis, (in) dem Wollen des Einzelnen, und die Garantie des Sieges (liegt) in der kondensierten Betätigung des Willens des Einzelnen – in der Organisation“. So waren Bildung als Quelle der Erkenntnis und Organisation als „kondensierter Wille der Einzelnen“ zentrale Felder, auf denen Theodor Leipart seit seinem Eintritt in die Gewerkschaft unermüdlich wirkte: mündliche und schriftliche Agitation sollte aufklären und bilden, um den Einzelnen für den aktiven Kampf zu gewinnen; immer mehr Einzelne sollten organisiert, die Organisation also ausgeweitet – auch zentralisiert – werden, um dem Gegner, dem Unternehmertum, schlagkräftig entgegenzutreten, ihm Zugeständnis auf Zugeständnis abringen zu können, gestützt auf die eigene zunehmende Stärke, nicht zuletzt auch – mit der wachsenden Mitgliederzahl – auf die finanzielle Kraft (nach Engels: „die Kraft einer wohlgefüllten Kasse – das ‘Widerstandsgeld’“, MEW 19: 258).

Daß Organisation in der Tat das zentrale Feld des proletarischen Klassenkampfes am Beginn und im Fortschreiten der Arbeiterbewegung war und zu sein hatte, muß an dieser Stelle nicht erläutert werden. Verwiesen sei nur (da Leiparts Argumente für die Organisation auch in der Wortwahl dem nahekamen) auf Marx’ „Instruktion für die Delegierten des Zentralrats“ (zum Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation) 1866, in der es um

die „internationale Vereinigung der Anstrengungen im Kampf zwischen Arbeit und Kapital mit Hilfe der Assoziation“ ging und darüberhinaus der hohe Stellenwert der Gewerkschaften als „Organisationszentren der Arbeiterklasse“ hervorgehoben wurde: Die Gewerkschaften sollten „sich nicht ausschließlich mit dem lokalen und unmittelbaren Kampf gegen das Kapital beschäftigen“, sollten „begreifen, welche Kraft sie im Kampf gegen das System der Lohnsklaverei selbst darstellen“; sie sollten „lernen, bewußt als organisierende Zentren der Arbeiterklasse zu handeln, im großen Interesse ihrer vollständigen Emanzipation“. (MEW 16: 197)

In diesem Sinne gehörte Theodor Leipart zusammen mit Carl Legien 1890 zu den Gründern des ersten freigewerkschaftlichen Dachverbandes, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands; der Deutsche Holzarbeiter-Verband, an dessen Spitze er 1893–1919 stand, war nach dem Deutschen Metallarbeiterverband die zweite zentralisierte Industriengewerkschaft in Deutschland.

Immer wieder betonte Leipart den kulturellen, den Bildungsauftrag der Gewerkschaften, die „erwachende Arbeiterschaft zum Klassenbewußtsein“ zu führen, damit sie ihren „Anspruch auf alle Güter der Kultur, ideeller und materieller Art“, erhebe. – Und er initiierte konkrete Projekte, um das zu realisieren: Zeitschriften, Almanache, Jahr- und Handbücher, gewerkschaftliche Schulungskurse, schließlich auch die 1930 eröffnete Bundeschule des ADGB in Bernau – die spätere Hochschule des FDGB – u. a. m.

Er stritt stets für die Einheit der Arbeiterbewegung – der politischen in Gestalt der Sozialdemokratischen Partei wie auch der gewerkschaftlichen. Die während des ersten Weltkrieges erfolgte Spaltung der Partei hielt er für ein Unglück. 1946 trat er für die SED mit dem Argument ein: Die Spaltung schwäche die Bewegung; ihre größten Erfolge habe sie vor 1914 erzielt, als es nur eine Arbeiterpartei gegeben hat.

War Leipart ein Organisationsfanatiker? Vgl. Rosa Luxemburg im Januar 1919: „Deutschland war das klassische Land der Organisation und noch mehr des Organisationsfanatismus, ja des Organisationsdünkels. Um ‘Organisation’ willen hatte man den Geist, die Ziele, die Aktionsfähigkeit der Bewegung preisgegeben.“ (GW 4: 524)

Ja, Leipart war ein Organisationsfanatiker. Daß er dabei Geist und Ziele der Bewegung aufgeben hätte, muß bestritten werden – für sie hat er mit der „Waffe Organisation“ bis zuletzt gewirkt. Aber sein Verhältnis zur Ak-

tion sollte eingehender geprüft werden. Damit ist nämlich ein grundsätzliches Problem der reformorientierten Arbeiterbewegung verbunden, das einer Diskussion bedarf.

Rosa Luxemburg (sie steht hier für den aktionsorientierten, revolutionären Teil der alten Arbeiterbewegung) vertraute bis 1914 zutiefst der spontanen Aktion „der Massen“, vor allem der Arbeiterklasse, die sie wohl als „kollektives Subjekt“ (F. Deppe) verstand. Das Verhältnis von organisierter Arbeiterbewegung und Spontanität war schon immer widersprüchlich. Die organisierte Arbeiterbewegung war infolge des objektiv bedingten, spontanen Demokratiestrebens der Lohnarbeitenden entstanden, und sie blieb seine Trägerin bis tief in die 70er (teilweise noch 80er) Jahre dieses Jahrhunderts hinein. Sie war an ihrem Beginn selbst Ergebnis einer spontanen sozialen Bewegung der Lohnarbeitenden und blieb dieser immer auf das engste verwandt. Und zugleich, in Organisationen mit sich fortschreitend bürokratisierenden Apparaten konstituiert, suchte sie (genauer: suchten die meisten ihrer Führer und Funktionäre, die Apparate eben), die außerhalb ihrer Grenzen agierenden, aus den gesellschaftlichen Bedingungen heraus immer wieder neu entstehenden spontanen Bewegungen „einzubinden“ und sie in „organisierte Bahnen“ zu lenken. Dafür standen auch und gerade die freien Gewerkschaften - und Gewerkschafter vom Typ eines Leipart.

Leiparts Verhältnis zur Aktion läßt sich anhand der Stellung zum ökonomischen und politischen Streik nachvollziehen.

Den ökonomischen Streik, also eine Aktion in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern um die Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft, hielt er für unerlässlich, auch während des Krieges. Aber diese Waffe sollte erst „als letztes Mittel“ angewandt werden, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sein sollten. Und das vor allem deshalb, um den Arbeitern **möglichst wenig Opfer** aufzubürden und die finanziellen Mittel der Organisation (das „Widerstandsgeld“) zu schonen.

Die Aktion, gegen die Leipart sich sehr strikt wandte, war der politische Massenstreik, der eine Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt bedeutete. Nach Leiparts Überzeugung würde er unter den Bedingungen des kaiserlichen Deutschland den **Bürgerkrieg** heraufbeschwören und damit hohe **Opfer** an „Gut und Blut“ der Arbeitenden kosten. In einer Auseinandersetzung mit der holländischen Sozialistin Henriette Roland-Holst (mit der

Rosa Luxemburg befreundet war) schrieb er 1905: Bei einem politischen Massenstreik ginge es nach Roland-Holst um einen Revolutionsstreik, und bei diesem „steht für die kämpfende Arbeiterschaft alles auf dem Spiel, wagt sie Freiheit und Leben. Dieser Streik ist eine neue Form des Bürgerkrieges, in dem sich die offene Brust und das ungeschützte Herz (der Arbeiter) der bewaffneten Militärmacht gegenüberstellen...“ Die optimistischen Annahmen von Roland-Holst, „daß eine Regierung gegen den Generalstreik... keine Gewalt anwenden“ werde, und ihre Hoffnung, „daß das Militär und die Polizei gerade durch den Generalstreik selbst zur Revolution übergehen“ würden, nannte Leipart eine Illusion, und er teilte sie nicht.

In der Polemik gegen den politischen Massenstreik berief sich Leipart nicht auf Engels, dessen Einleitung zu Marx' „Klassenkämpfe in Frankreich“ 1895 in Berlin veröffentlicht wurde. Aber der Gleichklang der Gedanken ist besonders in zwei Punkten nicht zu übersehen: 1. Engels hielt Straßen- und Barrikadenkämpfe für veraltet, einen Sieg der Straßenkämpfer über das Militär für eine Seltenheit; „ein Zusammenstoß auf großem Maßstab mit dem Militär, ein Aderlaß wie 1871 in Paris“ könnte „das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland“ aufhalten oder gar zurückwerfen, der Entscheidungskampf würde „mit schweren Opfern verknüpft“ sein, und „wir (sind) nicht so wahnsinnig, ihnen (den „Ordnungsparteien“) zu Gefallen uns in den Straßenkampf treiben zu lassen“, statt die Gesetzlichkeit für den weiteren Aufstieg der „sozialistischen Streitkräfte“ zu nutzen. 2. Die „mächtige Armee des Proletariats“, „täglich wachsend an Zahl, Organisation, Disziplin, Einsicht und Siegesgewißheit“, sei „weit entfernt, den Sieg mit einem großen Schlag zu erringen“, sie müsse „in hartem, zähen Kampf von Position zu Position langsam vordringen“. – „Langsame Arbeit der Propaganda und parlamentarische Tätigkeit sind auch hier als nächste Aufgabe der Partei erkannt.“ (MEW, 22: 515–525)

Als Leipart zehn Jahre nach Engels gegen den „einen großen Schlag“ polemisierte, hatte er wohl die Gewaltbereitschaft der Herrschenden realistisch eingeschätzt und – wie Engels – aus Gründen der Humanität Gewalt in Form von Straßenkämpfen u. ä. als ein Mittel der Arbeiterschaft abgelehnt. Dagegen setzte er auf Organisation und die „langsame Arbeit der Propaganda“. Ob die Arbeiter glaubten und hofften, schrieb er, „durch diesen einzigen Akt revolutionärer Energie ihre Forderungen endgültig verwirkli-

chen zu können, oder ob sie wissen, daß die Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse nur schrittweise vor sich gehen kann (!) und daß die im Kampf (!) errungenen Abschlagszahlungen (!) nur gestützt und erhalten werden können durch die dauernde machtvolle Organisation der Arbeiter – darum handelt es sich.“

Leipart und Genossen zeigten sich gegenüber dem politischen Massenstreik noch in einem weiteren Punkt als Realpolitiker: Sie lehnten ihn auch deshalb ab, weil nur ein Bruchteil der Massen, die für einen Erfolg nötig wären, bereit sei, Opfer für ein politisches Recht zu bringen. Auch da gibt es einen Gleichklang mit Engels' oben zitierter „Einleitung“ von 1895. Als Gewerkschafter orientierte sich Leipart an der „langen, ausdauernden Arbeit“, die, wie Engels schrieb, notwendig sei, damit die Massen begriffen, „wofür sie mit Leib und Leben eintreten“ sollen. Selbstlose „Opferfreudigkeit und höchsten Idealismus“ erwartete er als Realpolitiker von „den“ Massen – im Gegensatz zu Rosa Luxemburg – nicht. Die geduldige Arbeit der Gewerkschaften hielt er 1905 wie 1919 und noch im Januar 1933 für die eigentlich revolutionäre Tätigkeit.

Aber in einem Punkt unterschied sich Leipart von Engels grundlegend – und da ist auf Rosa Luxemburgs Kritik am Organisationsfanatismus zurückzukommen: Er unterschätzte generell die gestaltende Kraft des sozialen Zwangs, den machtvolle außerparlamentarische Aktionen der Vielen auf die ökonomisch Mächtigen und die Regierenden (sowie auf das Massenbewußtsein) auszuüben vermögen. Außerparlamentarische Aktionen spielten in seinem Denken stets eine zweitrangige oder (vom ökonomischen Streik abgesehen) keine Rolle im Vergleich zur Organisation. (Eine Ausnahme war das Eintreten Leiparts nach dem Rathenau-Mord 1922 für außerparlamentarische Aktionen und – anders als der Parteivorstand der SPD – für ein Zusammengehen aller Arbeiterparteien, die KPD eingeschlossen, zum Schutz der Republik.)

Nicht zuletzt resultierte eine solche Position aus dem reformorientierten Demokratieverständnis. Dieses war zwar ein radikales, da es auch die soziale Freiheit anstrebte, aber es richtete sich überwiegend oder gänzlich auf den parlamentarischen Kampf. Es schloß außerparlamentarische Massenaktionen (Straßendemonstrationen) als unmittelbarste Form der politischen Einflußnahme der Mehrheit (also der Lohnarbeitenden, der werktätigen Bevölkerung) auf Entscheidungen in der Politik weitgehend oder völlig aus.

Hierin liegt wohl die Grenze der Reformorientiertheit, von der hier die Rede ist. Möglicherweise war es in der Vergangenheit gerade diese Grenze, die das Tempo der gesellschaftlichen Veränderungen im Kapitalismus in Richtung einer humanen und sozial gerechten Gesellschaft an bestimmten Schnittpunkten der Entwicklung gehemmt hat.

Die abschließende Wertung der Möglichkeiten, durch Massenaktionen (z. B. einen Generalstreik) bestimmte Entwicklungsrichtungen – so in Deutschland im Januar/Februar 1933 – zu verändern, steht in der historischen Forschung aus. Es hat wohl auch wenig Sinn, im Nachhinein (und aus sicherer Entfernung) über die möglichen Ergebnisse zu spekulieren und die damals Aktiven – so auch Leipart – wegen Mangels an Aktionsbereitschaft zu verurteilen. Dort, wo solche Versuche stattgefunden haben, führten sie vor 1945 – auch im „zivilisierten“ Europa – tatsächlich zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen bzw. zu Bürgerkriegen und forderten hohe Opfer. So im revolutionären Deutschland 1918/1919, wo es (Ironie? Tragik der Geschichte?) sozialdemokratische Politiker waren, die zur Waffengewalt griffen und ein Blutbad anrichteten; dafür steht vor allem der Name Noske. Ähnlich (aber nicht von Sozialdemokraten zu verantworten) im nachrevolutionären Deutschland 1920 nach der Abwehr des Kapp-Putsches.

**„Der ruhige und stille Kampf der Gewerkschaften... – das ist die fruchtbare, die revolutionäre Sozialistentätigkeit“**

Leiparts konkreter gewerkschaftlicher Kampf folgte dem schon genannten Leitmotiv: Nicht in der Verelendung liege die Zukunft der Arbeiterklasse, sondern in ihrer materiellen und geistigen Höherentwicklung. Diese sollte schrittweise – und das im Kampf (das NB!) – realisiert werden.

Der Kampf wurde auf mehreren Ebenen geführt.

Die zentrale Ebene bildeten, zunehmend nach der Jahrhundertwende (und durch die Kriegsjahre hindurch), **Verhandlungen mit Unternehmerverbänden** um bessere und möglichst einheitliche Bedingungen des Verkaufs der Arbeitskraft (Lohnhöhe, Arbeitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitszeit) und deren vertragliche Bindung in Tarifverträgen. Einem Leipart ging es dabei auch um die Anerkennung der Gewerkschaften als eines neben und gegenüber den Unternehmern gleichberechtigten Partners. Tarifverträge waren (und sind) eine Form der Mitbestimmung der Gewerkschaften über die Situation der Lohnarbeitenden. Gegen Argumente aus den

eigenen Reihen, sie würden den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften aufheben, meinte er, sie seien „keine Freundschaftsbündnisse mit dem Unternehmertum, sondern nur Waffenstillstandsverträge“, die es den Arbeitern ermöglichten, die Arbeitsbedingungen ohne Streik, also mit möglichst geringen Opfern, durchzusetzen. Es ging um die – nach Marx – „große Streitfrage... zwischen der blinden Herrschaft der Gesetze von Nachfrage und Zufuhr“, die die politische Ökonomie der Bourgeoisie ist, und der „Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht, welche die politische Ökonomie der Arbeiterklasse bildet“. (MEW, 16: 11, 192) Von zentraler Bedeutung war dabei das Ringen um kürzere Arbeitszeit – seit 1889 um den Achtstundentag.

Leipart und Genossen argumentierten – ähnlich wie Marx – vom Standpunkt des allgemeinen Kulturfortschritts: „Die Aufwärtsbewegung des Proletariats auf den verschiedenen Gebieten steht in einer ganz bestimmten Wechselwirkung: Steigt das Niveau in wirtschaftlicher Beziehung, so hebt es sich auch in intellektueller und moralischer Beziehung, und umgekehrt feuert die Erhöhung des geistigen Niveaus die Arbeiter an, sich auch eine wirtschaftliche Besserstellung zu erkämpfen. Darauf beruht aber die Möglichkeit einer jeden proletarischen Emanzipationsbestrebung.“

Die schon vor dem Krieg erreichten Tarifverträge und dann die „Kriegsarbeitsgemeinschaften“ mit den Unternehmern 1914–1918 (aus der Sicht Leiparts dienten sie in erster Linie dem Schutz der Lohnarbeitenden) führten – beschleunigt vom Druck der Revolution – zum „November-Abkommen“ 1918 (auch Stinnes-Legien-Abkommen genannt). Darin wurde für ganz Deutschland und alle Industriezweige der Achtstundentag vereinbart, die Gewerkschaften landesweit als Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter sowie Kollektivvereinbarungen für Betriebe u. a. m. festgeschrieben. Angesichts der Revolution sollte es vom Standpunkt der Unternehmerverbände eine Schutzfunktion für sie erfüllen. Das Abkommen (an dessen Zustandekommen Leipart einen höheren Anteil hatte als Legien) war aber auch ein großer Schritt bei der Durchsetzung der politischen Ökonomie der Lohnarbeit gegen diejenige des Kapitals.

Auf der **politischen Ebene** ging es – im Sinne der notwendigen Durchsetzung von Rechtsforderungen – um die **soziale Gesetzgebung**. Schon vor 1914 setzte sich Leipart dafür ein, daß das von den Gewerkschaften ent-

wickelte Unterstützungswesen auf die staatliche Ebene gehoben werde. Er stritt für eine Reichsversicherungsordnung, für den Ausbau der kommunalen Arbeitsvermittlung, für die staatliche Arbeitslosenversicherung, den gesetzlich gesicherten Arbeitsschutz, die Arbeitsgerichtsbarkeit. In die Weimarer Verfassung wurden – unter dem Eindruck der Revolution und aufgrund gewerkschaftlicher Vorschläge (auch eines Leipart) – 1919 (im Unterschied zum Grundgesetz der BRD 1949) soziale Grundrechte aufgenommen wie Schutz der Arbeitskraft, Recht auf Arbeit und auf eine gesunde Wohnung. In den 20er Jahren führte Leiparts persönlicher und der Gewerkschaften Einsatz zu einem weiteren wesentlichen Fortschritt bei der sozialen Sicherung der Lohnarbeitenden: Für verschiedene soziale Bereiche wurde ein Rechtsanspruch gesetzlich fixiert. Die Gewerkschaften wurden an den dafür zuständigen Institutionen beteiligt; zur Finanzierung wurden die Unternehmer herangezogen. Den bis heute wirksamen Ertrag faßte der Historiker Hans Mommsen 1977 so zusammen: „In allen wesentlichen Punkten ist das sozialstaatliche Instrumentarium der Bundesrepublik während der Weimarer Zeit entwickelt oder institutionalisiert worden. Das gilt für das Arbeits- und Tarifvertragsrecht, das System der Arbeitslosenversicherung, die Arbeitsschutz- und Arbeitszeitregelungen wie den Komplex der Betriebsverfassung“; wenn auch das System der Weimarer Sozialpolitik ein Torso geblieben sei, eine Fülle sozialpolitischer Maßnahmen von bleibender Bedeutung sei realisiert worden und: „Vergleicht man das, was während jener 14 krisenhaften Jahre der Weimarer Republik, die unter denkbar ungünstigen ökonomischen Bedingungen standen, auf sozialpolitischem Gebiet getan worden ist, mit den entsprechenden Maßnahmen in den mehr als zweieinhalb (und nunmehr fünf – U. P.) Jahrzehnten bundesrepublikanischer Entwicklung, so ergibt sich für Weimar eine bemerkenswert positive Bilanz...“<sup>3</sup>

Diese Bilanz sollte auch der persönlichen Bilanz Theodor Leiparts zugeschlagen werden, denn für alle genannten Teilgebiete setzte er sich gerade im Jahrzehnt 1919-1929 mit großem Nachdruck ein. Und dabei sah er – wie später Wolfgang Abendroth – im „Erlangen von Gesetzesregeln, von Verfassungsrechtsregeln, die zu ihren (der unterdrückten Klasse) Gunsten nutzbar sind“, ein „Problem des Klassenkampfes und nichts anderes“, und „das Weiterführen, das Austragen dieser Rechtsregeln führt diesen Kampf weiter“. – „Wenn man so will, kann das Verfassungsrecht als ein jeweiliger



Klassenwaffenstillstand gelten, aber im Fortgang des Klassenkampfes, nicht als Klassenfrieden. Ein Klassenwaffenstillstand mit dem Zweck, im Klassenkampf... die physische Gewaltsamkeit auszuklammern und durch andere Formen der Gewalt... zu überspielen. Die physische Gewaltsamkeit auszuklammern, ist in der Normalsituation der Fortbewegung ihres historischen Prozesses die angemessene Weise der Existenz der menschlichen Gesellschaft.<sup>14</sup> Gerade das war der erklärte Standpunkt Leiparts, und in diesem Sinne wirkte er.

Schließlich sollen als eine weitere Ebene emanzipatorischer gewerkschaftlicher Initiativen die in den 20er Jahren entwickelten **Ideen der Wirtschaftsdemokratie** genannt werden. Sie waren mit Versuchen verbunden, in die Eigentumsverhältnisse einzudringen und Gemeineigentum zu schaffen.

Die betriebliche Mitbestimmung der Arbeiter wurde, wie erwähnt, schon seit der Jahrhundertwende gefordert, und zwar wegen der Menschenwürde des Arbeiters: sein Mitbestimmungsrecht sei ein Menschenrecht. Während der Revolution und seitdem wurde sie zu einem Bestandteil tarifvertraglicher Regelungen. Zur Sozialisierung der Wirtschaft hieß es 1919, sie könnte nicht in einigen Wochen oder Monaten durchgeführt werden, sie würde sich „nur langsam und allmählich vollziehen“ können. Für Leipart und Genossen ging es dabei subjektiv nicht um den Schutz des Kapitaleigentums, sondern darum, wie es so zu vergesellschaften sei, daß materielle Opfer für die Lohnarbeitenden vermieden würden und die Wirtschaft weiter funktionsfähig bliebe. (1926 trat Leipart für die Fürstenenteignung, 1946 für die Enteignung der Kriegsverbrecher ein.)

Erste konkrete Vorstellungen über Wirtschaftsdemokratie in Industriezweigen und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wurden u. a. von Leipart auf dem ADGB-Gründungskongreß 1919 vorgetragen und auf dem DHV-Kongreß 1919 von F. Tarnow unterbreitet. Einiges davon fand praktisch Eingang in die Weimarer Verfassung (Art. 159 und 165). In den 20er Jahren war es Leipart, der das Problem Wirtschaftsdemokratie im ADGB „zum Forschungsgegenstand erhob“ hatte – ein Ergebnis war das bekannte, unter Leitung von Fritz Naphtali 1928 entstandene Buch. Die Notwendigkeit der Wirtschaftsdemokratie begründete Leipart 1928 wie schon früher so: „Das eben ist der große Unterschied zwischen der rein privatkapitalistischen Wirtschaft und unserer Auffassung von Volkswirtschaft, daß wir die

Wirtschaft frei machen wollen von dem privaten Profitinteresse und sie geleitet und getrieben sehen wollen lediglich von dem allgemeinen Volksinteresse. Der Inhalt des Begriffs Wirtschaftsdemokratie ist für uns in erster Linie, daß die Wirtschaft nicht länger Privatangelegenheit der Unternehmer sein soll, sondern eine öffentliche Angelegenheit, die das ganze Volk angeht. Wirtschaftsdemokratie in unserem Sinne bedeutet den Kampf gegen die Alleinherrschaft der Unternehmer in der kapitalistischen Wirtschaft. "Die Volkswirtschaft könne „auf die Dauer gar nicht gedeihen, wenn das Besitzrecht der Unternehmer und ihr Profitinteresse noch länger über das Allgemeinwohl gestellt bleiben“. Sollten die Gewerkschaften nicht, fragte er 1931, „versuchen, den Kapitalismus zu biegen, solange die Kraft noch nicht ausreicht, ihn zu brechen? Ist es nicht möglich, allmählich, aber unaufhaltsam dem kapitalistischen Wirtschaftssystem planwirtschaftliche Gedankengänge aufzuzwingen, also mit der Zeit ein sozialistisches Reis nach dem anderen auf den Baum des Kapitalismus aufzupfropfen?"

Die Gewerkschaften sollten sich, so Leipart 1926, „nicht darauf beschränken, nur diese grundsätzliche Forderung (nach Wirtschaftsdemokratie) zu vertreten, sondern daneben auch durch eigene Initiative und durch zielbewußte Entfaltung der eigenen Kräfte der Arbeiterklasse in die Wirtschaft eindringen und Einfluß auf sie gewinnen“. Sie sollten den Unternehmern das „Recht der Alleinherrschaft streitig“ machen, die Wirtschaft in Richtung der angestrebten Wirtschaftsdemokratie drängen, einen Weg zum Gemeineigentum erschließen und Grundsteine für die angestrebte Gemeinwirtschaft legen, also für „ein System der Wirtschaft, das ausschließlich die Deckung des Bedarfs zum Ziele hat“.

So wurden auf Leiparts Initiative eine Reihe „sozialistischer Inseln“ ins Meer der kapitalistischen Wirtschaft gesetzt. Dazu gehörten: Genossenschaften, auch warenproduzierende; die „Volksfürsorge“ (gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-AG, unter Leiparts Teilnahme schon 1913 gegründet); die „Deutsche Wohnungsfürsorge AG für Beamte, Angestellte und Arbeiter“ (Dewoge, 1924 gegründet); die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG (1924 eingerichtet, von Leipart schon 1913 als ein Mittel im Emanzipationskampf angedacht) u. a. m.

Die wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen und Initiativen stellten also durchaus die Eigentumsfrage: Die Kapitalbesitzer sollten die Verfügungsgewalt über das Eigentum nicht allein ausüben, sondern sie mit den

Lohnarbeitenden teilen. Auch so schlug sich das radikale, weil auf soziale Gleichheit gerichtete, Demokratieverständnis in der reformorientierten Arbeiterbewegung nieder. Der angestrebte evolutionäre Weg der schrittweisen Emanzipation der Lohnarbeitenden schloß die Eigentumsordnung ein.

Leipart war einem „Gewaltsamkeit ausschließenden“, kooperativen, reformorientierten Weg zur Emanzipation des Arbeiters und der Gesellschaft gefolgt und hatte dabei auf Organisation gesetzt – aber das unter Bedingungen eines konfrontativen Zeitalters. Nicht zuletzt daraus erklären sich die Widersprüche und Defizite seiner Praxis, vor allem in den 20er und ersten 30er Jahren. Und doch hatte sich auf diesem Weg das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital seit dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts in so mancher Hinsicht zugunsten der Lohnarbeitenden verändert.

Die emanzipatorische Leistung der sozialistischen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert, deren Repräsentant und Akteur in dessen erstem Drittel auch Theodor Leipart war, könnte (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) so zusammengefaßt werden:

Sie hat – nicht nur in Deutschland – eine demokratische Staatsform durchgesetzt: die Republik, den Rechtsstaat, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht (auch für Frauen), die kollektiven und individuellen Freiheiten der Persönlichkeit. Sie hat bedeutende, gesetzlich gesicherte soziale Rechte sowie betriebliche und staatliche Sozialleistungen errungen, die die spezifischen Interessen der Lohnarbeitenden im Sinne ihrer materiellen und geistigen Höherentwicklung betrafen: kürzere Arbeitszeit, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitsnachweis, Arbeitslosenunterstützung, Sicherung bei Krankheit und im Alter, Bildung u. a. m. (Diese Errungenschaften entsprachen meistens auch den Erfordernissen der Kapitalverwertung, aber sie mußten trotzdem immer gegen den Widerstand des Kapitals durchgesetzt werden.) Sie hat dem Kapital gewisse Mitbestimmungsrechte in Betrieben und Unternehmen (in einigen Ländern auch regionale und gesamtstaatliche Wirtschaftsorgane, in denen die nationalen Gewerkschaftsverbände vertreten sind) abgetrotzt, was ebenfalls gesetzlich verankert wurde. Sie hat dafür gesorgt, daß die gesellschaftliche Stellung ihrer Organisationen, vor allem der Gewerkschaften, anerkannt wurde.

Ist das lediglich als Integration der Arbeiterklasse in die kapitalistische Gesellschaft zu bewerten? Oder wurde diese Gesellschaft verändert, indem gegen den Willen und gegen den Widerstand des Kapitals (und mancher Re-

gierungen) Regelungen und Maßnahmen im Sinne der lohnarbeitenden Mehrheit, also noch auf dem Boden des Kapitalismus „ein Stück“ politischer Ökonomie der Lohnarbeit gegen die politische Ökonomie des Kapitals, durchgesetzt wurden, was zugleich kulturellen Fortschritt und Bewegung in Richtung der Emanzipation der Lohnarbeitenden bedeutete?

Hatten Leipart und Genossen die Versöhnung der Gegensätze praktiziert? War der Kompromiß, den er in der Auseinandersetzung mit den Unternehmern suchte und oft fand, mit Versöhnung gleichzusetzen? Oder war er etwas dem Gegner Abgerungenes, ihm Aufgezwungenes, also ein Ergebnis des sozialen Zwangs, des Kampfes?

War also Leiparts Position eine prokapitalistische? Oder war sie nicht vielmehr eine antikapitalistische, in deren Gefolge Maßnahmen realisiert wurden, die den Kapitalismus in Westeuropa – im Vergleich zum 19. Jahrhundert – humaner, demokratischer, sozialer gestaltet haben? Hat nicht diese Position mehr Ergebnisse im Sinne der Emanzipation erbracht als der aktionistische, auf die schnelle „Beseitigung“ des Kapitalismus orientierte Wille der Kommunisten? (Was nicht heißen soll, daß diese an dem Positiven der Gesamtbilanz der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht ihren Anteil gehabt hätten!)

Sind nicht das Wirken von Leipart und Genossen und seine Ergebnisse ein Anhaltspunkt dafür, daß die Evolution der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist – hin zur sozialen und kulturellen Emanzipation des Einzelnen und der Gesellschaft? – Aber das gewiß nicht im Selbstlauf, sondern – im Sinne eines Leipart – durch stetiges Wirken demokratischer Kräfte in diese Richtung.

Zum Schluß noch einmal Fritz Tarnow: „Seiner ganzen Denkungsart nach mußte Leipart als Gewerkschaftspolitiker den Weg der ‘realen Möglichkeiten’ gehen. Nicht etwa als ob er als nüchterner Rechner nur Gegenwartsmöglichkeiten gesehen hätte. Er war überzeugter Sozialist mit der glühenden Sehnsucht nach einer Umgestaltung der Gesellschaftsordnung und dem festen Glauben an die Verwirklichung dieses Ziels. Aber sein scharfer Verstand und seine unbestechliche Wahrheitsliebe auch gegen sich selbst warnten ihn vor der Illusion und dem Selbstbetrug von Wunschträumen. Sozialismus kann nicht erträumt, er muß durch soziale Gestaltung gemacht werden, und jeder praktische Schritt auf diesem Wege ist revolutionärer als ein noch so radikaler Wortresolutionismus – das war die feste

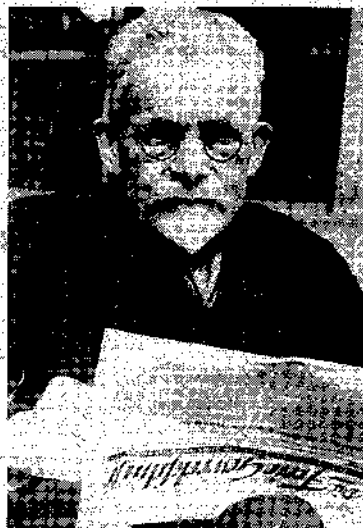
Grundlage seiner sozialistischen Weltanschauung. Er sah schon frühzeitig, daß selbst nach einer Eroberung der politischen Macht die Verwirklichung der sozialistischen Ziele nur in einem Entwicklungsprozeß möglich sei (und) daß dieser Prozeß bereits in der Gegenwart begonnen habe...“

### Anmerkungen

- 1 Eberhard Fehrmann: Eine List der Geschichte. Soziologie und Gewerkschaftsbewegung heute, in: Sozialismus, Hamburg, H. 11, 1996, S. 32/33.
- 2 Dazu U. Plener: Theodor Leipart: Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz. Ein Lebensbild mit Dokumenten, 2 Bände, trafo verlag dr. wolfgang weist, Berlin 1999.
- 3 H. Mommsen: Staatliche Sozialpolitik und gewerkschaftliche Strategie in der Weimarer Republik, in: Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität, Hg. von U. Borsdorf u. a., Köln 1977, S. 64, 65.
- 4 W. Abendroth in: Der Kampf um das Grundgesetz, Frankfurt/M. 1977, zit. nach H. Klenner: Recht und Gerechtigkeit, in: Marxistische Lesehefte 1, Berlin 1998, S. 94/95.

Biographien europäischer Antifaschisten

Ulla Plener



## Theodor Leipart (1867–1947)

Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz  
Ein Lebensbild in Dokumenten

1. Halbband: Biographie

trafo verlag  
dr. wolfgang weist

trafo verlag 2000 • 1. Halbband • 388 Seiten  
ISBN 3-89626-079-0 • DM 39,80